

POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.B.15.21.Rwanda.-HDA/MTR

Bern, 14. August 1992

### Aktennotiz

Gespräch betreffend Rwanda mit Jean-Maurice Delèze (D), Kooperationsbüro Kigali, und Jean-François Cuénod (C), DEH, Sektion Ostafrika, Bern 12. August 1992

#### Demokratisierungsprozess

Gegenüber 1991 haben sich die **politischen Aussichten in Rwanda verbessert** (Koalitionsregierung, Verhandlungen mit dem "Front Patriotique Rwandais" (FPR) über einen Waffenstillstand, der bisher weitgehend eingehalten wurde). Präsident Habyarimana lässt dem Premierminister weitgehend freie Hand. Dieser konnte seine Position verstärken. Ursprünglich Tierarzt, hat er politisches Gespür und ist Pragmatiker. Er befasste sich mit schwierigen Dossiers (Verwaltungsreform, Wechsel an der Armeespitze). Unklar ist die Haltung des Geheimdienstes und anderer Kräfte, die im Verborgenen wirken.

Bis spätestens Mai 1993 sollen Wahlen stattfinden (Bourgmestre, Parlament, Präsident). Im Hinblick darauf sind bereits die UNO und Kanada aktiv. Wichtig ist, dass Bedingungen wie Informationsfreiheit, das Recht auf Versammlung und auf die Führung eines Wahlkampfes garantiert werden.

Der Staatschef hat zwar nicht immer ganz sauber gehandelt und ist Gefangener seiner Familie. Dennoch hat er es in kritischen Situationen verstanden, eine gewisse Stabilität zu garantieren. Bisher hat es - aus Sicherheitsgründen - noch niemand gewagt, sich als Kandidat der Opposition gegen ihn aufzustellen. **Die DEH hat im September die Finanzierung von Charles Jeanneret als Berater des Präsidenten um weitere sechs Monate verlängert. Von der geplanten Schweizerreise Habyarimanas wurde nichts weiteres vernommen. D. nimmt an, dass die aus Unpässlichkeit erfolgte Entschuldigung von Bundespräsident R. Felber in Kigali als höfliche Ablehnung aufgefasst wurde.**

D. wies den MDR, die wichtigste Oppositionspartei, darauf hin, dass diese kein "projet de société" habe. Ein solches müsse von ihr aus kommen und könne nicht durch die Schweiz geliefert werden. Der Unterzeichnende informierte über das Projekt eines Bundes-



ratsantrages für eine Stiftung zur Förderung politischer Reformen. Besuche von Parlamentariern zur Weiterbildung in Demokratie und Föderalismus würden begrüsst. Dabei sei jeweils im voraus die Finanzierung sicherzustellen.

### Menschenrechte

Die Regierung in Kigali ist bereit, eine internationale Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in **Bugesera** zuzulassen. Bereits besteht ein Kontakt zu belgischen Juristen. Bezüglich der **eventuellen Entsendung eines schweizerischen Experten** nimmt die DEH mit der Menschenrechtssektion der DVR Verbindung auf.

Der frühere und der gegenwärtige Premierminister, sowie prinzipiell auch die Politische Abteilung II, haben der Zurverfügungstellung eines Rechtsberaters für Menschenrechte im Kabinett des Premierministers zugestimmt. Mit dem Premierminister sind noch ein paar Punkte zu klären, bevor C. einen Kreditantrag verfasst. Priorität soll nach Möglichkeit eher einem Schweizer Kandidaten gegeben werden. Für Afrikaner, Franzosen oder Belgier könnte es strategisch schwieriger sein, einen solchen Posten zu bekleiden.

### Entwicklungszusammenarbeit

Die bilateralen Projekte kommen gut voran. Was hingegen von der Konjunktur abhängt (Backsteinfabrik) leidet unter der Wirtschaftskrise. Im September wird sich eine **Delegation von Schweizer Experten**, die sich mit der **Bankgesetzgebung** auseinandersetzt, nach Rwanda begeben. Die Mission einer Schweizer Delegation, die sich mit einem "**Code de Déontologie**" für die **Informationspolitik** beschäftigte, war erfolgreich. Generell könne man gegenwärtig als Entwicklungshelfer erstaunlich gut in Rwanda arbeiten.

### Friedensaussichten

Der Hass zwischen den Ethnien dauert an, und es bestehen keine Garantien dafür, dass die Friedensverhandlungen zu einem guten Ende führen. Der Prozess kann lange dauern und schmerzhaft sein. Generell haben sich indessen die diesbezüglichen Chancen verbessert.

Auf Regierungsseite ist man sich bewusst geworden, dass ohne Frieden keine wirtschaftliche Erholung möglich ist. Dies kam auch an der kürzlichen "table ronde" in Genf klar zum Ausdruck (Druck durch Weltbank und Geberländer, insbesondere Kanada). Die Regierung ist sich bewusst, dass die Guerilla fähig ist, mit relativ bescheidenen Mitteln das Land auf die Knie zu zwingen. Dies verpflichtet zum Verhandeln. Gegenüber dem FPR weist sie

etwas mehr Prestige auf als ihre Vorgängerin. In ihren Reihen gibt es jedoch noch immer Hardliner, die nicht mit "Terroristen" sprechen wollen. Kigali beginnt erst allmählich die Mitglieder des FPR kennen zu lernen. Für die Regierungspartei MRND, die für die Hutu-Mehrheit eintritt, gilt es, Komplexe gegenüber den "noblen" und politisch versierten Tutsi abzulegen. Die Regierung hat das Land bisher relativ gut geführt. Inzwischen hat sie erkannt, dass es für eine Beilegung des Konfliktes nur eine regionale Lösung geben kann. Kontakte haben in Burundi, Uganda und Tansania stattgefunden.

Der FPR stellt ein Amalgam aus divergierenden Elementen dar. Er weist unter anderem Hutu auf, die von der Macht verdrängt wurden und eine Gelegenheitsallianz mit Tutsi eingegangen sind. Auch gehören ihm Tutsi an, die seit dreissig Jahren nicht mehr nach Rwanda zurückgekehrt sind. Ihre teilweise überholten Ideen kommen auch in Kommentaren gegenüber Schweizer Journalisten zum Ausdruck. Einige FPR-Mitglieder wollen zurück an die Macht. Auch kann die Hypothese, dass das ehemalige Tutsi-Reich wiederhergestellt werden soll, nicht ganz von der Hand gewiesen werden. Es geht nun darum, dass der FPR an Identität gewinnt und eine politische Kultur entwickelt. **D. hat keine Kontakte mit dem FPR. Die einzige bilaterale Beziehung besteht über FPR-Vertreter in der Schweiz mit Bern.** Indirekt hat D. erfahren, dass der **FPR in Uganda die Haltung der Schweiz schätze.** **C. empfindet den letzten Brief des FPR als konzilianter.** **Er würde gerne an einem erneuten Treffen mit FPR-Vertretern in Bern mit dabei sein.**

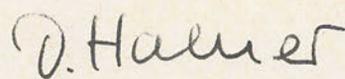
Obwohl Ugandas Staatschef versichert, dass es sich um einen inner-rwandischen Konflikt handle, waren bei kürzlichen Angriffen in Rwanda ugandische Truppen beteiligt. Statt vermehrten Druck auf Uganda auszuüben, leisteten einige Mitglieder der Konsultativgruppe, an welcher auch Botschafter Kamer teilnimmt, lediglich Lippenbekenntnisse. Ein Abbau des Militärbudgets füllt nur die Ränge des FPR. D. glaubt aber nicht an eine massive ugandische Unterstützung des FPR. Diese müsse von anderen Ländern stammen, evtl. von Libyen sowie von der rwandischen Diaspora. Bei den gegenwärtigen Gesprächen um einen Frieden steht auch die Glaubwürdigkeit des FPR auf dem Spiel. Ist er fähig, seine Truppen zu kontrollieren? Stellt er übertriebene Ansprüche?

### Haltung Frankreichs

Paris tritt einerseits für eine Fortsetzung des Demokratisierungsprozesses und für eine Wahrung des Menschenrechtsschutzes ein. Der französische Botschafter wartet das Ergebnis der Wahlen ab und hält Präsident Habyarimana für die bessere Lösung. Andererseits leistet es militärische Unterstützung (320 Fallschirmjäger, schwere Geschütze). Der FPR

wird als gefährliches Amalgam betrachtet, dessen Einzug in Kigali einer Katastrophe gleichkäme. Diese Meinung teilt auch D.

Politische Abteilung II



Daniel Haener

Kopie:

- DEH, Sektion Ostafrika, zHdv. Herrn Jean-Daniel Cuénod
- DVR, Sektion für Menschenrechte
- Politische Abteilung III, Dienst für Friedensfragen
- BAWI, Afrikanische Entwicklungsländer
- BAWI, Wirtschaftspolitische Entwicklungszusammenarbeit
- Schweizerische Botschaft, Nairobi
- Schweizerische Botschaft, Kigali
- SI, FMD, HDA